

POSITIONSPAPIER DER FDP-FRAKTION: DEUTSCHE VERTEIDIGUNGSBEREITSCHAFT SICHERN

Deutschland und Europa stehen inmitten einer sicherheitspolitischen Zeitenwende. Länder wie Russland und China untergraben konsequent das regelbasierte, multilaterale System, das Fundament unserer freiheitlichen Weltordnung ist. Anders als zum Zeitpunkt der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 kommen neue und mehr Aufgaben auf die Bundeswehr zu, die über den internationalen Einsatz wie z.B. den Schutz der Handels- und Schifffahrtswege sowie den Kampf gegen Terrorismus hinausgehen. Denn das sicherheitspolitische Umfeld Deutschlands und der NATO hat sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. Das wurde spätestens mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine 2022 klar. Russland verfolgt ein autoritäres, imperialistisches Weltbild. Damit ist in unserer unmittelbaren europäischen Nachbarschaft nicht nur jedes Land bedroht, das zur ehemaligen UdSSR gehört, sondern auch jede liberale Demokratie weltweit. Das russische Regime hat eine Kriegswirtschaft aufgebaut und rüstet weiter auf. Gleichzeitig wissen wir, dass es im bewaffneten Konfliktfall oder Krieg zur Strategie Russlands gehört, Auseinandersetzungen schnellstmöglich auf das Territorium anderer Ländern zu bringen. Wir können nicht ausschließen, dass der Kreml plant, innerhalb des nächsten Jahrzehntes auch NATO-Partner wie die baltischen Staaten, Polen oder Finnland anzugreifen. Wir Freie Demokraten sehen den Ernst der Lage und wollen uns auf ein solches Szenario vorbereiten. Unser Fundament ist das geltende Völkerrecht, die Freiheit, die Souveränität und Selbstbestimmung aller Staaten Europas. Im Geist der in Helsinki unterzeichneten Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Frieden für Europa halten wir am Ziel einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung in Europa fest, wollen aber vorbereitet sein, den Frieden, die Freiheit und unsere Werte zu verteidigen.

Das gelingt uns nur gemeinsam mit unseren Partnern und dafür muss Deutschland seinen Beitrag für die Sicherheit dies- und jenseits des Atlantiks leisten. Gleichzeitig stehen wir zu unseren Bündnisverpflichtungen weltweit, etwa im Rahmen von EU- oder UN-Mandaten. Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass wir uns auf einen möglichen Spannungs- und Verteidigungsfall vorbereiten müssen. Das erfordert eine der Zeitenwende angemessene, auf sämtliche Szenarien vorbereitete, professionelle und gut ausgestattete Bundeswehr. Wir fordern eine breite gesellschaftliche Debatte über die Stärkung der Bundeswehr und der deutschen Verteidigungsbereitschaft.

Positionen

I. Wir wollen die militärische Reserve deutlich stärken

Es gibt knapp eine Million Reservistinnen und Reservisten in Deutschland, rund 180.000 aktive Soldatinnen und Soldaten sowie mehr als 80.000 Zivilkräfte in der Bundeswehr. Wir schätzen das freiwillige Engagement aller Reservistinnen und Reservisten, im Besonderen derjenigen, die in der Truppen- und Territorialreserve regelmäßig an Übungen teilnehmen. Aber die übergroße Mehrheit der Reservistinnen und Reservisten nimmt weder an regelmäßigen Übungen teil, noch sind die aktuellen Fähigkeiten und Berufserfahrungen in den Datenbeständen der Bundeswehr hinterlegt. Wir Freie Demokraten setzen uns daher dafür ein, den Kontakt zwischen Bundeswehr und Reservistinnen und Reservisten auszubauen, zu verstetigen und zu verstärken. Hierzu soll auch der Reservistenverband mehr Kompetenzen erhalten und befähigt werden, verstärkt lokal organisiertes und praxisnahes Training anzubieten. Die Angriffe auf die Ukraine und Israel haben gezeigt, welche Schlüsselrolle im Verteidigungsfall einer schlagkräftigen Reserve zukommt. Wir setzen uns aus diesem Grund dafür ein, unsere Reserve stärker und breiter aufzustellen. Wir begrüßen den breiten Diskurs über unsere zukünftige Sicherheitsarchitektur, der anerkennt, dass Reservisten und Reservistinnen hierin eine stärkere Rolle zukommt. Wir Freie Demokraten schlagen daher vor:

1. Unsere Reserve stärker und breiter aufzustellen. Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass das Potential der "Allgemeine Reserve" zukünftig besser genutzt werden muss. Hierzu schlagen wir vor, alle Betroffenen zur Vereinbarung eines Informationstermins zu kontaktieren, um eventuelle Einsatzmöglichkeiten zu prüfen und gegebenenfalls Neuqualifizierung aber auch gesundheitliche Veränderungen in eine Neubewertung mit einfließen lassen zu können. Es muss zusätzliche finanzielle und steuerliche Ansätze zur Stärkung der Reserve geben.
2. Die Vereinbarkeit von Beruf und Reservedienst zu verbessern. Wir Freie Demokraten glauben, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Reservedienstleistende und die Bundeswehr an einem Strang ziehen müssen. Daher sollten stärkere und überzeugendere Anreize gesetzt werden, denn Reservedienste sollten sich nicht nur für die Bundeswehr und den Reservedienstleistenden, sondern auch für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber lohnen. Neben der stärkeren gesellschaftlichen Anerkennung von Unternehmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Reservedienstleistungen freistellen, soll geprüft werden, ob Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Härtefällen für etwaige Verdienstaufschläge entschädigt werden.

3. Die Reservedienstleistung von bürokratischem Ballast zu befreien. Hierzu gehört, dass der Bewerbungsprozess bei der Bundeswehr – nicht nur für den aktiven Dienst – sondern auch für die Reserve zu lang dauert und nicht ausreichend digitalisiert ist. In Deutschland warten viele Interessenten auf einen Reservedienstposten, bekommen aber von der Bundeswehr eine Absage. Dieses große Potential müssen wir besser ausschöpfen. Wir Freie Demokraten fordern daher, die Prozesse beim Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr zu verbessern, zu beschleunigen und zu flexibilisieren, um den Einstieg in den Reservedienst zu erleichtern. Die Bewerbungsprozesse sollten regelmäßig intern getestet und evaluiert werden, um bürokratische Hemmnisse bei Einstellungen und Beurteilungen abzubauen. Wir Freie Demokraten erkennen an, dass Lebensentwürfe und Lebensläufe nicht starr sind. Daher sollte das Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr flexiblere Einstiegsmöglichkeiten für qualifizierte Seiteneinsteiger schaffen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten wie digitale Fernlernformate für Reservistinnen und Reservisten ausbauen und sich für deren Nutzung einsetzen, und bürokratische Hemmnisse etwa bei Laufbahnwechseln abbauen.
4. Die Best Practices anderer liberaler Demokratien mit starker Reservistenbasis sind, wo sinnvoll und möglich, zu übernehmen. Die beorderten Reservisten müssen die gleiche persönliche Ausstattung erhalten wie aktive Soldaten. Zudem sind die Ergänzungstruppenteile und solche der Territorialen Reserve künftig vergleichbar mit den aktiven Einheiten voll und möglichst mit denselben Geräten und Materialien auszustatten. Auch soll ihren Truppenteilen eine aufgabengerechte technische und bauliche Infrastruktur zur Verfügung stehen.
5. Die positiven Erfahrungen aus der „Cyber-Reserve“ sind auf weitere Bereiche der Bundeswehr anzuwenden. Gleiches gilt für qualifizierte Seiteneinsteiger, deren berufliche Qualifikationen sich die Bundeswehr stärker bedienen muss. Daher müssen auch zivile Qualifikationen anerkannt werden.
6. Die starre Altersgrenzen bei der Reserve abzuschaffen oder zumindest zu flexibilisieren. Hiermit können insbesondere bei den Mangelfähigkeiten hochqualifiziertes Personal länger und planbar für die Bundeswehr nutzbar gemacht werden.

II. Bundeswehr an Schulen sichtbar machen - jeder Jugendliche soll sich einmal im Leben mit der Bundeswehr beschäftigen

Wir gehen davon aus, dass der Kontakt mit Vertretern der Bundeswehr die freiwillige Bereitschaft in der Bevölkerung, sich aktiv bei der Bundeswehr zu engagieren, befördern wird. Es muss für die Bundeswehr eine Gesprächsgelegenheit mit den jungen Menschen geben, um für den Dienst in der Truppe zu werben, auch in öffentlichen Bildungseinrichtungen. Dies kann auch zur Aufstellung eines Reserveverzeichnisses dienen. Zusätzlich möchten wir weitere

Chancen zum offenen Austausch zwischen Jugendlichen und der Bundeswehr schaffen. Digitale Kontaktmöglichkeiten sollten möglichst einfach, intuitiv und bürokratiearm eingerichtet werden, wie beispielsweise über die Mobile App Meine Reserve. Ziel muss sein, dass jeder Jugendliche bzw. junge Erwachsene sich einmal in seinem Leben mit der Bundeswehr beschäftigt. Hierfür fordern wir zusätzlich zur Arbeit der Jugendoffiziere v.a. die Stärkung der Vereine und Organisationen, die für die Bundeswehr werben. Zudem fordern wir die Länder auf zu prüfen, einmal pro Jahr einen Informationstag der Bundeswehr an den Schulen zu organisieren, um die einzigartige Arbeit dieser Institutionen gesondert hervorzuheben.

Daher begrüßen wir ausdrücklich den Besuch von Jugendoffizieren an Schulen. Die Bundeswehr erfüllt den im Grundgesetz festgeschriebenen Auftrag, die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands zu schützen und zu verteidigen. Ihre Angehörigen sind Staatsbürger in Uniform, welche bereit sind, sich für unser Land und unsere Demokratie einzusetzen und einzusetzen. Angesichts der schwierigen sicherheitspolitischen Lage in Europa und der Welt haben Schüler naturgemäß viele Fragen, welche im Dialog mit Jugendoffizieren ergebnisoffen und kritisch diskutiert werden können. Diesen Austausch halten wir für eine Demokratie und der Bedeutung der Thematik angemessen und sehen es als gewinnbringend an, wenn er öfter stattfinden würde. Wir wollen, dass die Jugendoffiziere an Schulen mit den Schülern das freie Gespräch führen können, auch über den Dienst in der Truppe. Einschränkende Regelungen diesbezüglich lehnen wir ab.

III. Bereitschaftsreserve für eine schnellere Reaktionsfähigkeit erfassen

Wir wollen die Kaltstartfähigkeit der Bundeswehr verbessern und daher prüfen, welche Schritte bereits jetzt unternommen werden können, um die wehrfähige Bevölkerung zu erfassen und in diesem Rahmen die Verwendungsfähigkeit der betroffenen Personen festzustellen. Derzeit verfügt die Bundeswehr über keine Daten, wie viele Menschen insgesamt in Deutschland wehrfähig sind, wer freiwillig bereit ist, sein Land zu verteidigen, wer gesundheitlich dafür geeignet ist und welche besonderen Fähigkeiten die Bürger mitbringen. Als Zielmarke wollen wir eine Million Orientierungsgespräche zum Dienst in der Bundeswehr mit Interessierten pro Jahr durchführen lassen.

Wir sprechen uns daher dafür aus, ein umfassendes Verzeichnis für die Bereitschaft und Fähigkeit zum Reservedienst aufzubauen. Unter anderem soll im Rahmen der Besuche der Bundeswehr an jeder Schule jedes Jahr Jugendlichen, welche das 18. Lebensjahr vollenden, angeboten werden, an einem medizinischen Einsatzfähigkeitscheck teilzunehmen sowie ihre Bereitschaft zum Reservedienst abgefragt werden. Weitere Angebote freiwilliger Abfragen für ältere Jahrgänge können dazu kommen.

IV. Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber bekannter machen

Um ihr Aufgabenspektrum zu erfüllen, braucht die Bundeswehr mehr Neueinstellungen. Um im Spannungs- und Verteidigungsfall ausreichend schnell und glaubwürdig abschrecken zu können, muss die Bundeswehr zügig auf Personal zugreifen können. Wir Freie Demokraten lehnen die Einführung des schwedischen Modells ab. Wir befürworten aber die verstärkte, direkte Ansprache junger Menschen an Schulen, Bildungseinrichtungen, Ausbildungsstädten und Arbeitsplätzen, Sportvereinen, Betrieben sowie den Personalzentren der Bundeswehr, die im Rahmen der geplanten Strukturreform der Bundeswehr eingerichtet werden. Dies schließt ausdrücklich auch die Werbung an Schulen und höheren Bildungseinrichtungen mit ein. Auch soll es ohne weitere Verpflichtungen die Möglichkeit geben, unbürokratisch in Online-Fragebögen oder über Mobile Apps Interesse an einem Dienst in den Streitkräften zu artikulieren. Zudem wollen die Karrierezentren der Bundeswehr sichtbarer machen und das Augenmerk auf die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber lenken. Wir bauen auf die Bereitschaft junger Menschen, ihrem Land zu dienen, wollen junge Menschen konkreter und deutlich strukturierter ansprechen als bisher und die Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr deutlich steigern.

V. Wiedereinsetzung der allgemeinen Wehrpflicht überzeugt nicht

Wir Freie Demokraten stehen zur Entscheidung des Deutschen Bundestages die Wehrpflicht auszusetzen, solange kein ernster Spannungs- oder Verteidigungsfall festgestellt wird. Klar ist: Die Wehrpflicht darf nur im Spannungs- und Verteidigungsfall angewendet werden. Die Wiedereinsetzung der allgemeinen Wehrpflicht würde die Strukturen der heutigen Bundeswehr finanziell und bürokratisch überfordern und ihre Handlungsfähigkeit hemmen, statt sie zu erhöhen. Wir setzen uns dagegen für eine professionelle Freiwilligen-Armee ein, die einer Wehrpflicht-Armee deutlich überlegen ist. Statt mit einer Massenarmee wie zu Zeiten des Kalten Krieges müssen wir uns dagegen mit einer Hochtechnologie-Armee mit gut ausgebildeten Spezialisten aufstellen. Pauschal alle jungen Menschen zum jetzigen Zeitpunkt zum Wehrdienst einzuziehen wäre ein massiver und völlig unverhältnismäßiger Eingriff in ihre Freiheitsrechte. Zusätzlich steht für uns Freie Demokraten fest, dass wir die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht antasten wollen; sie ist eine große Errungenschaft der demokratischen Entwicklung Deutschlands. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels wäre es außerdem falsch, ihnen den direkten Weg in Ausbildung, Studium oder Beruf zu versagen.

VI. Wir wollen die Freiwilligendienste stärken

Die Debatte über notwendige Maßnahmen, um die Verteidigungsbereitschaft zu stärken und neues Personal für die Bundeswehr zu gewinnen, darf auch nicht als Legitimation für eine verpflichtende allgemeine Dienstpflicht für alle herangezogen werden. Solch ein Modell halten wir Freie Demokraten für einen Irrweg. Die Einführung einer verpflichtenden allgemeinen Dienstpflicht ist rechtlich höchst bedenklich. Vor allem braucht es keinen Pflichtdienst, damit sich junge Menschen für unser Gemeinwesen einbringen, sondern vielmehr ein

ansprechendes, vielfältiges und überzeugendes Angebot an biographisch attraktiven, thematisch vielfältigen und berufsvorbereitenden Freiwilligendiensten.

Der Dualismus zwischen den historisch aus der Zivilgesellschaft erwachsenen Jugendfreiwilligendiensten FSJ und FÖJ und dem Bundesfreiwilligendienst als „Ersatz-Zivildienst des Bundes“, der vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAfzA) verwaltet wird, ist aus der Zeit gefallen. Wir Freie Demokraten wollen es Interessierten zukünftig so einfach wie möglich machen, sich für einen Freiwilligendienst, und damit für eine ganz besondere Form des Engagements, zu entscheiden. Um noch mehr Menschen zu erreichen, treten wir unter anderem dafür ein, die Tätigkeitsfelder in allen Diensten zu erweitern, zum Beispiel auf die Bereiche des Zivil- und Katastrophenschutzes. Zudem wollen wir Doppelstrukturen aufheben und die Freiwilligendienstformate in einem Freiwilligendienst-Rahmengesetz zusammenführen. Dadurch sollen Vorschriften für Träger wie Freiwilligendienstleistende vereinheitlicht, das Taschengeld und weitere Angebote für die Dienstleistenden verbessert, Bürokratie abgebaut und die Attraktivität der Freiwilligendienste weiter gesteigert werden.

Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Gesellschaftliches Engagement erwächst immer aus sich selbst heraus. Menschen bringen sich ein, um unser Land sicherer und lebenswerter zu machen und die eigenen Lebensperspektiven zu verbessern. Schon heute sind es jedes Jahr über 90.000 in den verschiedenen Diensten. Diese Zahl könnte deutlich gesteigert werden. Die Träger gehen schon heute von einer Nachfrage aus, die für 130-150.000 Plätze jährlich ausreichen dürfte.